

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Gesundheit und Pflege

23. Sitzung
19. Juni 2023

Beginn: 09.34 Uhr
Schluss: 12.19 Uhr
Vorsitz: Silke Gebel (GRÜNE)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Catherina Pieroth-Manelli (GRÜNE) fragt, wie der Senat die Forderung des Bundesverbands der Angehörigen psychisch erkrankter Menschen – BApK – bewerte, eine einheitliche, kurze Notfallnummer für psychische Krisen zu etablieren und die 117 als Rufnummer für den Berliner Krisendienst vorzusehen.

Staatssekretärin Ellen Haußdörfer (SenWGP) antwortet, es sei wichtig, dass bei einem psychiatrischen Notfall der Sozialpsychiatrische Dienst oder die Rettungsstelle kontaktiert würden. Der Senat habe die Anregung der Interessensverbände zur Kenntnis genommen. Eine Umstellung auf eine einheitliche Nummer würde nicht nur zu zusätzlichen Kosten führen, sondern darüber hinaus auch Verwirrung hervorrufen, weil es bereits eine Vielzahl von Versorgungsangeboten gebe. Im Sinne der regionalisierten Pflichtversorgung bestehe mit dem Berliner Krisendienst eine Anlaufstelle, die wohnortnah zur Verfügung stehe. Der Berliner Krisendienst sei im jeweiligen Bezirk mit allen Institutionen vernetzt, die sich um psychisch belastete oder erkrankte Menschen kümmerten. Zudem kooperiere er mit ihnen, sodass eine schnelle Weitervermittlung sichergestellt sei. Auch persönliche Gespräche und Hausbesuche könnten zeitnah angeboten werden. Führe man eine einheitliche Nummer ein, komme eine weitere Ebene hinzu, die erst eine Vermittlung in den jeweiligen Bezirk vornehmen müsste.

Der Senatsverwaltung sei aber die Erhaltung des niedrighschwelligigen Zugangs zum Krisendienst wichtig. Er könne sich nicht vorstellen, dass eine einheitliche Nummer die Vielfältigkeit der bestehenden spezifischen Telefonangebote abdecken könnte.

Catherina Pieroth-Manelli (GRÜNE) wirft die Frage auf, weshalb eine Bündelung der Aufgaben nicht zu einer Vernetzung beitragen solle.

Staatssekretärin Ellen Haußdörfer (SenWGP) erläutert anhand eines Beispiels aufgrund eigener Erfahrungen, dass eine zentrale Nummer zu Verzögerungen führe, weil erst eine Reihe von Abfragen stattfinden müssten. Es spiele auch eine Rolle, um welche Art von Notfall es sich handele. Aus Sicht des Senats sei der Krisendienst in den Bezirken sehr gut etabliert, kenne seine Träger und sei gut vernetzt. Deshalb solle an diesem Modell festgehalten werden.

Christian Zander (CDU) weist darauf hin, dass für die Berliner Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen Hitzeschutzpläne ausgearbeitet worden seien. Inwieweit könnten diese angesichts der baulichen Gegebenheiten vor Ort tatsächlich umgesetzt bzw. eingehalten werden?

Senatorin Dr. Ina Czyborra (SenWGP) bekundet, es sei bekannt, dass die Klimakrise auch in Berlin angekommen sei und man es mit deutlich längeren Hitze- und Trockenperioden zu tun habe. Deshalb müsse man sich der Thematik Hitzeschutz intensiv widmen. In Berlin seien deshalb Hitzeschutzpläne ausgearbeitet worden.

Es könnten eine Vielzahl von Maßnahmen unterhalb von baulichen Veränderungen ergriffen werden. Dazu gehörten Verschattungen, Lüftungskonzepte und Begrünungen. Für jede einzelne Einrichtung aus dem Gesundheits- und Pflegebereich müssten spezielle Pläne erarbeitet werden. Zudem müsse in diesen Einrichtungen darauf geachtet werden, dass eine ausreichende Flüssigkeitszufuhr stattfinde. Generell sollten zunächst Maßnahmen ergriffen werden, die schnell umsetzbar seien, wozu auch die Anpassung von Dienstplänen gehören könne. Letztlich kämen dann auch noch Gebäudesanierungen hinzu.

Christian Zander (CDU) möchte wissen, wie die Senatorin es einschätze, auch die längerfristigen Maßnahmen umzusetzen und wie in der Zwischenzeit dafür Sorge getragen werden solle, für vernünftige Temperaturen in den Einrichtungen zu sorgen. Welche Pläne gebe es diesbezüglich?

Senatorin Dr. Ina Czyborra (SenWGP) erwidert, ordentliche Temperaturen könnten auch mittels Stadtumbau erreicht werden. Sie nenne nur die Stichworte Entsiegelung, Begrünung und Schwammstadt. Dies könne aus dem Gesundheitsbereich nur bedingt umgesetzt werden. Allerdings könne für die eigenen Flächen geprüft werden, ob diesbezüglich etwas beigetragen werden könne.

Der Einbau von Klimaanlage könne nicht das Mittel der Wahl sein, weil dafür sehr viel Energie benötigt werde und somit mittelfristig zur Verschärfung des Problems beitragen würde. Mittels des Programms „Green Hospital“ müsse ein Umbau der Einrichtungen bewerkstelligt werden. Wie schnell dies gehe, hänge davon ab, wie viele Investitionsmittel dafür künftig zur Verfügung stünden.

Tamara Lüdke (SPD) wirft die Frage auf, welche Zahlen und Ergebnisse bislang zum Projekt Drug-Checking vorlägen, das kürzlich in den Routinebetrieb überführt worden sei.

Senatorin Dr. Ina Czyborra (SenWGP) legt dar, dass seit der Aufnahme des Routinebetriebs am 6. Juni 2023 83 Proben zur Analyse entgegengenommen worden seien. Offenbar aufgrund der Medienberichterstattung hätten Nutzer/-innen abgewiesen werden müssen, was bei einem Träger gleich 18 Personen gewesen seien. Demnach werde das Angebot sehr gut angenommen. Mit Stand 13. Juni sei vor 30 Proben gewarnt worden, weil sie entweder mit gesundheitlich gefährlichen Stoffen verunreinigt gewesen seien oder es sich um sehr hohe Dosierungen, beispielsweise bei Ecstasy, gehandelt habe oder Fehldeklarationen der Inhaltsstoffe vorgelegen hätten. Die Beratungsleistungen seien sehr gut angenommen worden. Eine statistische Analyse anonymisierter Daten werde erst nach datenschutzrechtlicher Freigabe des webbasierten Dokumentationssystems möglich sein. Eine Evaluation befinde sich in Vorbereitung.

Tamara Lüdke (SPD) möchte wissen, ob sie es richtig sehe, dass nur chemische Drogen getestet würden und demnach Cannabis nicht getestet werden könne, außer es gebe einen Verdacht auf chemische Verunreinigung. Seien auch Cannabisproben nachgefragt worden?

Senatorin Dr. Ina Czyborra (SenWGP) bedauert, dazu lägen ihr momentan keine Daten vor. Sie werde die Antwort nachreichen.

Auf die Frage von **Carsten Ubbelohde** (AfD), ob das kostenfreie Testen von verbotenen Drogen dem illegalen Handel mit denselben Vorschub leiste, antwortet **Senatorin Dr. Ina Czyborra** (SenWGP), dass sie diese Gefahr nicht sehe.

Elke Breitenbach (LINKE) bezieht sich auf Presseberichte, wonach die ständige Änderung der Dienstpläne der Beschäftigten von Vivantes zu einer Vielzahl von Verletzungen der Vorschriften zur Arbeitszeit führten. Wie regiere der Senat darauf?

Senatorin Dr. Ina Czyborra (SenWGP) erläutert, ihre Verwaltung habe diese Presseberichte zur Kenntnis genommen, habe aber noch keine Gelegenheit gehabt, eine genaue Analyse durchzuführen und zu reagieren. Man werde sich der Thematik annehmen.

Auf die Frage von **Elke Breitenbach** (LINKE), ob dem Ausschuss berichtet werden könne, sobald nähere Erkenntnisse vorlägen, sagt **Senatorin Dr. Ina Czyborra** (SenWGP) dies zu.

Der **Ausschuss** schließt Punkt 1 der Tagesordnung für die heutige Sitzung ab.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht aus der Senatsverwaltung

Staatssekretärin Ellen Haußdörfer (SenWGP) berichtet, am 14. Juni habe eine Sonderkonferenz der Amtschef zu den Themen Pflege und Pflegereform stattgefunden, die vom Land Berlin geleitet worden sei, weil die 100. Arbeits- und Sozialministerkonferenz – ASMK –

unter Berliner Vorsitz tage. Sie bedanke sich herzlich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Abteilung II – Pflege –, die die Konferenz organisiert hätten.

Auf Länderebene hätten seit Januar Videokonferenzen stattgefunden, um die Sonderkonferenz vorzubereiten, wobei insbesondere das Gesetz zur Unterstützung und Entlastung in der Pflege im Fokus gestanden habe. Bei der Beratung dieses Bundesgesetzes hätten einstimmig beschlossene Vorschläge der ASMK für kurzfristige Maßnahmen zumeist keine Berücksichtigung gefunden. Der Reformprozess sei weder auf der Maßnahmen- noch auf der finanziellen Seite umgesetzt. Deshalb habe sich die Sonderkonferenz der Amtschefs der Sicherstellung der Versorgungssicherheit in der Pflege gewidmet. Zu den Forderungen gehörten die Entlastung der pflegenden Angehörigen, die Stabilisierung und Stärkung des häuslichen Pflegesettings mit sozialräumlichen Unterstützungsstrukturen der Kommunen, die Begrenzung des Eigenanteils der Pflegefinanzierung, Maßnahmen gegen Personalengpässe und Fachkräftemangel sowie die Einrichtung einer Task Force zur Gestaltung der pflegerischen Zukunft unter Beteiligung der Länder. Gerade für das Land Berlin seien Instrumente wie Pflegewohngemeinschaften essenziell. Bundesländer in denen dieses Instrument noch nicht etabliert sei, könnten davon profitieren.

Im zweiten Teil der Konferenz sei die Expertise verschiedener Wissenschaftler zum Thema Weiterentwicklung der Finanzierung der Pflegeversicherung herangezogen worden; im Anschluss sei mit den Vertretern der Bundesministerien darüber diskutiert worden. Die Debatte habe auf dem Zwischenbericht der von Baden-Württemberg geleiteten Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft Pflege aufgesetzt. Der Zwischenbericht stelle die Roadmap für die weiteren Reformschritte dar. Es sollten Eckpunkte sowie eine Zeitplanung für eine generationengerechte, nachhaltige Finanzierung der Pflegeversicherung erarbeitet werden, wobei die Prinzipien ambulant vor stationär, sektorenübergreifend und sozialraumorientiert berücksichtigt werden sollten. Ende Juni werde eine vom BMG einberufene Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft eingesetzt.

Am Wochenende sei im Rahmen der Special Olympics das Healthy Athletes Program in den Messehallen im Beisein von Bundesgesundheitsminister Lauterbach eröffnet worden. Im Rahmen des Programms könnten sich die Athletinnen und Athleten, aber auch die Trainerkader neue Brillen, Hörgeräte und Schuhe anpassen lassen. Leider bestehe diesbezüglich in vielen Ländern, wozu auch Deutschland zähle, keine hinreichende Sensibilisierung. – Es sei ihr eine Herzensangelegenheit, für einen Besuch der Special Olympics zu werben. Diese Veranstaltung sei etwas ganz besonderes.

Carsten Ubbelohde (AfD) bezieht sich auf das Amtsleitertreffen am 14. Juni, zu dem er wissen wolle, wie die Pläne des Bundesgesundheitsministeriums aufgenommen worden seien, die Unterstützung für pflegende Angehörige lediglich um 4,5 bis 5 Prozent zu erhöhen. Aus Sicht seiner Fraktion sei dies keinesfalls ausreichend, da aufgrund der Inflationsrate in der Realität ein Verlust entstehe.

Staatssekretärin Ellen Haußdörfer (SenWGP) ruft in Erinnerung, sie habe bereits berichtet, dass viele Vorschläge und Initiativen bislang keinen Eingang in den Maßnahmenkatalog gefunden hätten. Das Thema Stärkung der häuslichen Pflege werde in weiteren Gesprächen auf der Bund-Länder-Ebene eine Rolle spielen. Weitere Anpassungen würden beratend vorgeschlagen werden.

Der **Ausschuss** schließt Punkt 2 der Tagesordnung für die heutige Sitzung ab.

Punkt 3 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0190](#)
**Ausbildungscampus Wenckebach: Aktueller Stand
und weiterer Handlungsbedarf**
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der
SPD) GesPflfeg
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0157](#)
**Aus, Fort- und Weiterbildung von
Gesundheitsfachkräften auf dem Wenckebach-
Gesundheitscampus**
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) GesPflfeg

Hierzu: Anhörung

Protokollierung siehe Wortprotokoll.

Punkt 4 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0192](#)
**Landespflegeausschuss: Aktuelle und zukünftige
Themenschwerpunkte**
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der
SPD) GesPflfeg
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0177](#)
**Landespflegeausschuss: Umsetzungsstand bei der
Beteiligung pflegender Angehöriger**
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und
der Fraktion Die Linke) GesPflfeg

Hierzu: Anhörung

Protokollierung siehe Wortprotokoll.

Punkt 5 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.